

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI

Kapitel 1. Grundlagen

§ 1. Einführung	1
I. Die Regelungsbereiche des Familienrechts	1
II. Daten zur Entwicklung des modernen Familienrechts	2
1. Die Dynamik des Familienrechts	2
2. Überblick zu den wesentlichen gesetzlichen Entwicklungen ..	3
III. Die Rechtsquellen des Familienrechts	5
IV. Überblick zum familienrechtlichen Verfahren	6
1. Gerichte und Instanzenzug	6
2. Das FamFG	7
3. Ergänzende Geltung der ZPO	7
4. Besonderheiten des familienrechtlichen Verfahrens	8
V. Das Familienrecht in der juristischen Ausbildung und Prüfung ..	8
1. Das Familienrecht in der Klausur	8
2. Familienrecht als Pflichtfachstoff	9
3. Das Familienrecht im Schwerpunktbereichsstudium	9
§ 2. Grundrechte und Menschenrechte im Familienrecht	9
I. Die Bedeutung von Art. 6 GG	9
1. Schutz von Ehe und Familie, Art. 6 Abs. 1 GG	10
2. Schutz des Elternrechts, Art. 6 Abs. 2 GG	12
3. Kinderrechte im Grundgesetz	13
4. Gleichstellung der ehelichen und nichtehelichen Kinder, Art. 6 Abs. 5 GG	13
II. Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Familienrecht, Art. 3 Abs. 2 GG	14
III. Das Recht auf Privat- und Familienleben, Art. 8 EMRK	15
IV. Das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK	16

§ 3. Hinweise zum internationalen Familienrecht	17
I. Überblick	17
II. Wichtige EU-Verordnungen	18
1. Die Brüssel IIa-Verordnung	18
2. Die Rom III-Verordnung	18
3. Die EU-Güterrechtsverordnungen	18
4. Die EU-Unterhaltsverordnung	19
§ 4. Wiederholung	19
 Kapitel 2. Verlöbnis, Eheschließung und Ehe name 	
§ 5. Das Verlöbnis	21
I. Überblick	21
II. Begriff und Rechtsnatur des Verlöbnisses	22
1. Der Theorienstreit	22
2. Das Verlöbnis eines Minderjährigen	23
3. Anwendung weiterer Normen des BGB AT	26
III. Der Anspruch aus § 1298 BGB auf Schadensersatz bei unbegründetem Rücktritt	26
1. Der grundlose oder schuldhaft veranlasste Rücktritt	27
2. Die Anspruchsberechtigten	28
3. Der Schaden	28
IV. Der Anspruch auf Rückgabe der Geschenke, § 1301 BGB	29
§ 6. Eheschließung und Eheaufhebung	30
I. Einführung	30
1. Begriff der Ehe	30
2. Vorbereitendes Verfahren und Trauung	31
II. Die Voraussetzungen einer wirksamen Eheschließung	31
1. Die beiderseitige Erklärung des Ehemillens, § 1312 Abs. 1 S. 1 BGB	32
2. Die Mitwirkung des Standesbeamten, § 1310 Abs. 1 S. 1 BGB	33
3. Die persönlichen Ehevoraussetzungen	33
III. Eheschließungsmängel und Fehlerfolgen	34
IV. Die Aufhebung der Ehe	35
1. Begriff der Aufhebung	35
2. Die Voraussetzungen der Eheaufhebung	36

3. Die einzelnen Eheaufhebungsgründe	37
4. Ausschluss der Aufhebung, § 1315 BGB	39
5. Antragsberechtigung und Antragsfrist, §§ 1316, 1317 BGB ..	40
§ 7. Der Ehe name	41
I. Die Entwicklung des ehelichen Namensrechts	41
II. Die Grundzüge des geltenden Rechts	41
1. Die Wahl eines gemeinsamen Ehenamens	41
2. Die Führung eines Doppelnamens durch einen Ehegatten	43
3. Die Wahlmöglichkeiten bei Eheauflösung	44
III. Sonderproblem: Die Untersagung der Fortführung des Ehenamens	44
§ 8. Wiederholung	45

Kapitel 3. Die eheliche Lebensgemeinschaft

§ 9. Die allgemeinen Wirkungen der Ehe	47
I. Überblick zum Eherecht	47
II. Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft, § 1353 BGB	48
1. Die Generalklausel des § 1353 Abs. 1 BGB	48
2. Die Wohngemeinschaft als Aspekt der ehelichen Lebensgemeinschaft	48
3. Geschlechtsgemeinschaft und Familienplanung	49
4. Die Pflicht zu Rücksicht und Beistand (eheliche Solidarität) ..	50
III. Der Herstellungsantrag	52
1. Antrag ohne Vollstreckungsmöglichkeit	52
2. Die Verweigerungsgründe nach § 1353 Abs. 2 BGB	53
IV. Die Verpflichtung zum Familienunterhalt, §§ 1360 f. BGB	53
1. Art und Umfang des Unterhalts	53
2. Der Taschengeldanspruch	54
V. Die eheliche Arbeitsteilung: Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit, § 1356 BGB	55
1. Die Formen der Arbeitsteilung	55
2. Die Änderung der getroffenen Vereinbarung	55
3. Pflicht zur Mitarbeit im Betrieb des anderen Ehegatten?	57
VI. Gesetzliches Ehegattenvertretungsrecht	57

§ 10. Die Schlüsselgewalt	58
I. Normzweck und Rechtsnatur von § 1357 BGB	58
II. Die Prüfung des § 1357 BGB	59
1. Prüfungsaufbau	59
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen	60
III. Fallgruppen	64
1. Ärztliche Behandlung	64
2. Kredit- und Teilzahlungsgeschäfte	65
3. Doppelanschaffungen	66
4. Veräußerungsgeschäfte	67
IV. Die Rechtsfolgen des § 1357 BGB	67
1. Mitberechtigung und Mitverpflichtung	67
2. Ausübung von Gestaltungsrechten	68
3. Vornahme von Rechtsdurchsetzungshandlungen	70
4. Keine dinglichen Wirkungen	70
§ 11. Haftungsfragen der ehelichen Lebensgemeinschaft	71
I. Der Haftungsmaßstab im Innenverhältnis, § 1359 BGB	71
1. Regelungsinhalt und -zweck	71
2. Prüfung im Fallaufbau	72
3. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1359 BGB	72
II. Schadensersatzansprüche zwischen Ehegatten	74
1. Kein Schadensersatz bei Verletzung personaler Ehepflichten .	74
2. Schadensersatzansprüche aus dem vermögensrechtlichen Bereich der Ehe	75
3. Deliktsrechtliche Ansprüche aus § 823 BGB	75
4. Die Anwendung von § 826 BGB im Eherecht	79
5. Insbesondere: Schadensersatz für ein scheinheliches Kind ...	79
6. Die Durchsetzung von Haftungsansprüchen während bestehender Lebensgemeinschaft	81
III. Tötung oder Verletzung von Ehegatten durch Dritte, §§ 842 ff. BGB	82
1. Überblick	82
2. Ansprüche bei Tötung des Ehegatten, § 844 Abs. 2 BGB	83
3. Eigener Anspruch des haushaltsführenden Ehegatten bei Verletzung durch Dritte, § 842 BGB	83
4. Das Hinterbliebenengeld, § 844 Abs. 3 BGB	83

§ 12. Eigentums- und Besitzverhältnisse der Ehegatten; Eigentumsvermutung	84
I. Eigentums- und Besitzverhältnisse in der ehelichen Lebensgemeinschaft	84
1. Eigentumsverhältnisse im Ehegatteninnenverhältnis	84
2. Übereignungen zwischen Ehegatten	86
3. Die Besitzverhältnisse zwischen den Ehegatten	87
II. Die Eigentumsvermutung des § 1362 BGB	88
1. Normzweck des § 1362 BGB	88
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1362 BGB	89
3. Rechtsfolgen	90
§ 13. Überblick zum Güterrecht; Eheverträge	91
I. Die Güterstände	91
1. Überblick	91
2. Die Gütergemeinschaft	92
3. Der deutsch-französische Wahlgüterstand	93
II. Das Güterrechtsregister	93
III. Eheverträge	94
1. Regelungsinhalte	94
2. Form	95
IV. Inhaltskontrolle von Eheverträgen	95
1. Die Rechtsprechung bis zum Jahr 2000	95
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	96
3. Die geltenden Prinzipien der Inhaltskontrolle	97
4. Beispiele aus der Rechtsprechung	102
§ 14. Die Verfügungsbeschränkungen	104
I. Beschränkung der Verfügungsbefugnis über das Vermögen im Ganzen	104
1. Schutzzweck des § 1365 BGB	104
2. Die unter § 1365 BGB fallenden Verfügungsgeschäfte	105
3. Das Vermögen im Ganzen als Verfügungsgegenstand	106
4. Die subjektiven Erfordernisse im Rahmen der Einzeltheorie .	108
5. Die Zustimmung des anderen Ehegatten	109
6. Rechtsfolgen bei verweigerter Genehmigung	110
II. Beschränkung der Verfügungsbefugnis über Haushaltsgegen- stände	113
1. Überblick	113

2. Die Tatbestandsvoraussetzungen	113
3. Der Streit um die analoge Anwendung von § 1369 BGB	114
III. Früheres Recht: Dingliche Surrogation nach § 1370 BGB	116
§ 15. Wiederholung	116
I. Kontrollfragen	116
II. Klausurfall 1 (Geschäft ohne die Ehefrau)	118
 Kapitel 4. Zugewinnausgleich und sonstiger Vermögensausgleich	
§ 16. Der Zugewinnausgleich unter Lebenden	125
I. Grundlagen	125
1. Begriff und Rechtfertigung des Zugewinnausgleichs	125
2. Allgemeine Voraussetzungen	125
II. Die Berechnung des Zugewinnausgleichsanspruchs	126
1. Ermittlung des Anfangsvermögens	126
2. Hinzurechnung privilegierten Erwerbs zum Anfangsvermögen, § 1374 Abs. 2 BGB	128
3. Die Ermittlung des Endvermögens	132
4. Die Ermittlung des Zugewinns, § 1373 BGB	135
5. Die Ermittlung des Ausgleichsanspruchs	135
6. Ausschluss oder Reduzierung in Härtefällen, § 1381 BGB	137
7. Das Problem der Vermögensbewertung nach dem Stichtag	138
8. Ansprüche gegen Dritte	139
III. Die Anrechnung von Vorempfängen	140
1. Der Grundgedanke des § 1380 BGB	140
2. Die Berechnung des Zugewinnausgleichs in diesem Fall	140
3. Umkehrung der Ausgleichsrichtung durch Zuwendung	142
IV. Vorzeitiger Zugewinnausgleich und Hinweise zum Verfahren	142
1. Der vorzeitige Zugewinnausgleich	142
2. Hinweise zum Verfahren	143
§ 17. Der Zugewinnausgleich im Todesfall	143
I. Überblick	143
II. Ehegatte wird gesetzlicher Erbe	144
1. Erbrecht bei Gütertrennung	144
2. Erbrecht bei gesetzlichem Güterstand	144

III. Rechtslage bei gewillkürter Erbfolge	145
1. Einsetzung des Ehegatten als Erbe oder Vermächtnisnehmer	145
2. Der Anspruch auf den Zusatzpflichtteil	145
3. Die Option der Ausschlagung	146
4. Die Enterbung des Ehegatten	147
IV. Fälle des rein güterrechtlichen Ausgleichs	148
§ 18. Vermögensausgleichsansprüche außerhalb des Zugewinn-	
ausgleichs	149
I. Vertragliche Ansprüche	149
1. Einführung	149
2. Schenkungen und unbenannte Zuwendungen	149
3. Ansprüche aus beendeter Ehegatteninnengesellschaft	150
4. Ansprüche aus Auftrag	153
II. Ansprüche aus Gesamtschuldnerausgleich	153
III. Vermögensausgleichsansprüche bei Scheidung im Fall der Güter-	
trennung	155
1. Der Anspruch wegen Störung der Geschäftsgrundlage	155
2. Die Voraussetzungen des Anspruchs aus §§ 313 Abs. 1,	
Abs. 3 S. 1, 346 Abs. 1, 2 BGB	157
3. Rechtsfolge des Anspruchs aus § 313 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 BGB	159
IV. Keine Ausgleichsansprüche neben dem Zugewinnausgleich	159
1. Die §§ 1373 ff. BGB als abschließende Sonderregelung	159
2. Die Ausnahmefälle	160
V. Die Rückforderung von Schwiegerelternzuwendungen	160
1. Anspruch wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	160
2. Bestimmung des Leistungsempfängers	164
3. Zusammenhang mit dem Zugewinnausgleich	164
4. Zuwendungen an die Schwiegereltern	164
§ 19. Wiederholung	166

Kapitel 5. Scheidung und Scheidungsfolgenrecht

§ 20. Die Scheidung der Ehe	167
I. Grundlagen	167
1. Überblick	167
2. Das Zerrüttungsprinzip	168
3. Grenzen der Vertragsfreiheit	168

II. Die Voraussetzungen der Scheidung	169
1. Der Scheidungsantrag	169
2. Wirksame bestehende Ehe	169
3. Scheidung aufgrund der Zerrüttungsvermutungen, § 1566 BGB	170
4. Scheidung aufgrund des Zerrüttungstatbestands, § 1565 BGB	171
5. Keine Scheidung im Härtefall, § 1568 BGB	174
III. Hinweise zum Verfahren	176
1. Allgemeines	176
2. Der Scheidungsverbund	177
§ 21. Das Getrenntleben	177
I. Einführung	177
1. Überblick zu den Rechtswirkungen	177
2. Begriff des Getrenntlebens	178
II. Der Anspruch auf Trennungsunterhalt, § 1361 BGB	179
III. Die Verteilung der Haushaltsgegenstände und die Zuweisung der Ehwohnung	181
1. Die Verteilung der Haushaltsgegenstände bei Getrenntleben	181
2. Die Zuteilung der Ehwohnung bei Getrenntleben	183
3. Das Verhältnis der §§ 1361a, 1361b BGB zu den sachen- rechtlichen Vorschriften	184
4. Die Teilungsversteigerung der Ehwohnung	188
IV. Exkurs: Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz	188
1. Schutzanordnungen, § 1 GewSchG	188
2. Wohnungsüberlassung, § 2 GewSchG	189
§ 22. Wohnungszuweisung und Beanspruchung von Haushaltsgegenständen anlässlich der Scheidung	190
I. Die Überlassung der Ehwohnung	190
1. Überblick	190
2. Die Ansprüche aus § 1568a BGB	190
3. Das Verfahren in Ehwohnungssachen	192
4. Verhältnis zu Vorschriften des Schuld- und Sachenrechts	192
II. Die Regelung der Eigentumsverhältnisse an Haushaltsgegen- ständen	193
1. Überblick	193
2. Die Ansprüche aus § 1568b BGB	193
3. Das Verfahren in Haushaltssachen	194
4. Das Verhältnis zum Zugewinnausgleich	194

§ 23. Der naheheliche Unterhalt und der Unterhalt der unverheirateten Mutter	195
I. Einführung	195
II. Die Voraussetzungen des nahehelichen Unterhaltsanspruchs	196
1. Scheidung der Ehe	196
2. Die Unterhaltstatbestände	196
3. Unterhaltsmaß	202
4. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	206
5. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	207
6. Herabsetzung und Befristung des Unterhalts nach § 1578b BGB	208
7. Ausschluss oder Herabsetzung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit, § 1579 BGB	212
8. Sonstige Einwendungen und Einreden gegen den Unterhaltsanspruch	216
III. Hinweise zum Verfahrensrecht	217
IV. Der Betreuungsunterhalt der unverheirateten Mutter aus § 1615 Abs. 2 BGB	217
1. Überblick	217
2. Der Anspruch auf Betreuungsunterhalt für die ersten drei Jahre (sog. Basisunterhalt)	218
3. Verlängerung über drei Jahre hinaus	218
4. Sonstige Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	219
5. Rangverhältnisse bei mehreren Unterhaltsverpflichteten	220
§ 24. Der Versorgungsausgleich	221
I. Einführung	221
1. Begriff	221
2. Rechtsentwicklung	222
II. Die Durchführung des Versorgungsausgleichs	222
1. Die auszugleichenden Anrechte	223
2. Ausgleich der Anrechte durch interne oder externe Teilung ..	223
3. Ausschluss und Beschränkung des Versorgungsausgleichs . . .	224
4. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	225
5. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	226
6. Anpassung nach Rechtskraft	226
III. Hinweise zum Verfahren	227
§ 25. Wiederholung	228

Kapitel 6. Eingetragene Lebenspartnerschaft und nichteheliche Lebensgemeinschaft

§ 26. Die eingetragene Lebenspartnerschaft	229
I. Grundlagen	229
1. Das Lebenspartnerschaftsgesetz	229
2. Terminologie	229
3. Die Parallelen zum Eherecht	229
II. Die Besonderheiten der eingetragenen Lebenspartnerschaft	230
1. Die Begründung der Lebenspartnerschaft	230
2. Die partnerschaftliche Lebensgemeinschaft	230
3. Lebenspartnerschaft und Kinder	230
4. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft	231
5. Die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe	231
§ 27. Begriff und Rechtsgrundlagen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	232
I. Einführung und Definition	232
1. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft als gesellschaftliches Phänomen	232
2. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	232
II. Verfassungsrechtliche Stellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	233
III. Die rechtliche Erfassung der bestehenden nichtehelichen Lebens- gemeinschaft	234
1. Allgemeines	234
2. Eigentums- und Besitzverhältnisse	235
3. Haftungsfragen	237
4. Mietrecht	239
5. Erbrecht	241
§ 28. Der Vermögensausgleich bei Beendigung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	242
I. Einführung	242
1. Die Problemfälle	242
2. Der Grundsatz der Nichtausgleichung	242
3. Übersicht zu den denkbaren Anspruchsgrundlagen	243
II. Die Prüfung vertraglicher Ansprüche	244
1. Ansprüche aus Dienstvertrag, Darlehen u. a.	244
2. Anspruch infolge Widerrufs einer Schenkung	245
3. Abfindungsansprüche aus Gesellschaftsrecht, §§ 730 ff. BGB	246

III. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag und Gesamtschuldnerausgleich	249
1. Geschäftsführung ohne Auftrag	249
2. Ansprüche aus Gesamtschuldnerausgleich, § 426 BGB	250
IV. Ansprüche wegen Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) ..	252
1. Übertragung der für Ehegatten geltenden Grundsätze	252
2. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	252
V. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	255
1. Überblick	255
2. Der Anspruch aus § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 BGB (condictio ob rem)	255
§ 29. Wiederholung	258
I. Kontrollfragen	258
II. Klausurfall 2 (Letzte Investitionen)	259

Kapitel 7. Kindschaftsrecht

§ 30. Grundlagen des Kindschaftsrechts	265
I. Überblick	265
II. Allgemeines zum Eltern-Kind-Verhältnis	266
1. Überblick	266
2. Beistand und Rücksicht	266
3. Die Dienstleistungspflicht des Kindes	267
III. Der Kindesname	267
1. Der Vorname	267
2. Der Familienname	267
3. Namensänderungen	268
IV. Hinweise zum kindschaftsrechtlichen Verfahren	269
V. Annex: Überblick zu wichtigen Altersstufen im Recht	270
§ 31. Abstammungsrecht	271
I. Verwandtschaft und Schwägerschaft	271
1. Verwandtschaftsbegriff	271
2. Schwägerschaft	272
II. Mutterschaft	272
1. Überblick	272
2. Leihmutterschaft	273
3. Mutterschaft in der gleichgeschlechtlichen Ehe	274

III. Die Vaterschaftstatbestände	275
1. Überblick zu § 1592 BGB	275
2. Vaterschaft kraft Ehe	276
IV. Die Vaterschaftsanerkennung	276
1. Voraussetzungen der Anerkennung	276
2. Weiteres Verfahren; Widerrufsrecht	278
3. Unbeachtlichkeit anderer Nichtigkeitsgründe	278
4. Rechtsfolgen der wirksamen Anerkennung	278
5. Das Verbot der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung ..	279
V. Die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung	280
VI. Die Vaterschaftsanfechtung	281
1. Überblick	281
2. Der Antrag und seine Substantiierung	283
3. Die Anfechtung durch den leiblichen Vater	284
4. Die Anfechtungsfrist	288
5. Ausschluss der Anfechtung bei Samenspende, § 1600 Abs. 4 BGB	290
6. Rechtsfolgen der erfolgreichen Vaterschaftsanfechtung	292
7. Scheidungsakzessorischer Statuswechsel, § 1599 Abs. 2 BGB ..	293
VII. Rechtsausübungssperren und Scheinvaterregress	294
1. Die Rechtsausübungssperren des Abstammungsrechts	294
2. Der Scheinvaterregress	295
VIII. Auskunft über die Abstammung	297
1. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung	297
2. Das Recht auf Kenntnis der Abstammung bei Samenspende ..	297
3. Babyklappe und vertrauliche Geburt	298
4. Auskunftsansprüche des Kindes gegenüber den Eltern	299
5. Kein Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter ..	299
6. Offenbarungspflichten zwischen Ehegatten	300
IX. Das Abstammungskklärungsverfahren gem. § 1598a BGB	301
1. Einführung	301
2. Die Regelung in § 1598a BGB	302
§ 32. Erwerb und Verlust der elterlichen Sorge	305
I. Einführung	305
1. Begriff der elterlichen Sorge	305
2. Die Möglichkeiten der Sorgerechtszuordnung	306
3. Die wesentlichen Fallkonstellationen	306

II. Erwerb der gemeinsamen Sorge durch Sorgeerklärungen	307
1. Voraussetzungen	307
2. Rechtsfolgen	309
III. Erwerb der gemeinsamen Sorge durch gerichtliche Entscheidung, § 1626a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BGB	310
1. Die Verfassungswidrigkeit der früheren Rechtslage	310
2. Die Beantragung gemeinsamer Sorge nach § 1626a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BGB	310
3. Zum Verfahren	312
IV. Änderungen der elterlichen Sorge	313
1. Der Antrag auf Alleinsorge nach § 1671 Abs. 1 BGB	313
2. Der Antrag des Vaters auf Alleinsorge nach § 1671 Abs. 2 BGB	317
3. Sorgerecht und Wechselmodell	318
4. Änderungen nach dem Tod eines Elternteils	319
5. Sorgerechtsänderungen nach § 1696 BGB	319
6. Das Ruhen der elterlichen Sorge	319
V. Sorgerechtsregelungen nach den §§ 1666 ff. BGB	320
1. Die Kindeswohlgefährdung gem. § 1666 Abs. 1 BGB	320
2. Fehlende Gefährdung durch die Eltern	321
3. Auswahl der Maßnahme und Grundsatz der Verhältnis- mäßigkeit	322
4. Konsequenzen für die Sorgerechtsituation	323
5. Maßnahmen bei Gefährdung des Kindesvermögens, § 1667 BGB	323
§ 33. Ausübung und Grenzen der elterlichen Sorge; gesetzliche Vertretung des Kindes	324
I. Die Ausübung der elterlichen Sorge	324
1. Die Ausübung der Personensorge	324
2. Die Ausübung der Vermögenssorge	326
3. Ausübung der gemeinsamen Sorge bei Getrenntleben der Eltern	327
4. Meinungsverschiedenheiten der Eltern bei gemeinsamem Sorgerecht	329
II. Die gesetzliche Vertretung des Kindes	331
1. Bedeutung der gesetzlichen Vertretung	331
2. Alleinvertretung und gemeinschaftliche Vertretung des Kindes	332

III. Grenzen der gesetzlichen Vertretung des Kindes durch die Eltern	333
1. Überblick	333
2. Höchstpersönliche Rechte	333
3. Rechtsgeschäfte von besonderer Tragweite	334
4. Geschäfte mit möglicher Interessenkollision	335
5. Beschränkung der Minderjährigenhaftung, § 1629a BGB	337
IV. Haftungsfragen im Eltern-Kind-Verhältnis	337
1. Die Regelung des § 1664 BGB	337
2. Die Zurechnung des Verschuldens der Eltern	339
V. Elterliche Sorge und Familienpflege	342
1. Überblick	342
2. Das kleine Sorgerecht der Pflegeperson	343
3. Die gerichtliche Bleibeanordnung	343
VI. Der Schutz der Stieffamilie	344
§ 34. Umgangsrecht	345
I. Begriff und Bedeutung	345
II. Gerichtliche Anordnungen zur Regelung des Umgangsrechts	346
1. Überblick	346
2. Hinweise zum Verfahren	348
3. Maßstäbe der gerichtlichen Entscheidung	348
4. Die Durchsetzung von Umgangsregelungen	349
III. Umgangsrechte weiterer Personen	351
1. Überblick	351
2. Das Umgangsrecht des leiblichen Vaters	352
IV. Das Umgangsrechtsverhältnis als gesetzliches Schuldverhältnis	356
§ 35. Unterhalt unter Verwandten, insbesondere Kindesunterhalt	358
I. Allgemeines zum Verwandtenunterhalt	358
II. Die Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	359
1. Verwandtschaft und Rang der Unterhaltspflichtigen	359
2. Der Unterhaltsbedarf	359
3. Bedürftigkeit	362
4. Leistungsfähigkeit und Rangfolge	363
5. Art der Unterhaltsgewährung	366
6. Fehlen von Einwendungen und Einreden	367
III. Besondere Problemkreise des Kindesunterhalts	370
1. Der Mindestunterhalt und das vereinfachte Verfahren	370

2. Die Barunterhaltspflicht beim Wechselmodell	371
3. Der Anspruch des Kindes auf Ausbildungsfinanzierung	373
IV. Der Elternunterhalt	375
V. Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs und Unterhaltsregress . . .	377
1. Auskunftserteilung	377
2. Gerichtliche Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs	379
3. Der Unterhaltsregress	380
§ 36. Die Adoption	381
I. Überblick	381
II. Die Voraussetzungen der Adoption Minderjähriger	381
1. Antrag des Annehmenden bei Gericht	382
2. Kindeswohl und Förderungsprinzip	382
3. Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses	383
4. Anforderungen nach Familienstand des Annehmenden	383
5. Mindestalter und Geschäftsfähigkeit des Annehmenden	384
6. Die erforderlichen Einwilligungen	384
III. Das Adoptionsverfahren	387
1. Vorbereitung der Adoption und Adoptionspflege	387
2. Gerichtliches Annahmeverfahren und Adoptionsdekret	388
IV. Die Rechtswirkungen der Adoption Minderjähriger	388
1. Rechtliche Stellung eines leiblichen Kindes	388
2. Auswirkungen auf die Verwandtschaftsverhältnisse	389
3. Das Adoptionsgeheimnis	389
4. Die Aufhebung des Adoptionsverhältnisses bei der Minder- jährigenadoption	389
V. Die Besonderheiten der Adoption Volljähriger	390
1. Annahmeveraussetzungen	390
2. Rechtswirkungen	391
§ 37. Wiederholung	392
I. Kontrollfragen	392
II. Klausurfall 3 (Ein Kind und viele Väter)	393

Kapitel 8. Vormundschaft, Pflegerschaft, Betreuung

§ 38. Die Vormundschaft	401
I. Überblick	401

II. Anordnung der Vormundschaft	401
1. Voraussetzungen	401
2. Auswahl und Bestellung des Vormunds	402
III. Ausübung der Vormundschaft	403
1. Personen- und Vermögenssorge	403
2. Gesetzliche Vertretung	403
3. Das Rechtsverhältnis zwischen Vormund und Mündel	404
IV. Beendigung der Vormundschaft	405
§ 39. Pflegschaft	405
I. Überblick	405
II. Die Pflegschaft für Minderjährige	406
III. Die Rechtsstellung des Pflegers	407
§ 40. Betreuung	407
I. Überblick	407
II. Voraussetzungen der Bestellung eines Betreuers	408
1. Volljährigkeit des Betroffenen	408
2. Krankheit oder Behinderung	409
3. Erforderlichkeit der Betreuung	409
4. Kein entgegenstehender freier Wille des Betroffenen	410
5. Antragstellung oder Betreuung von Amts wegen	411
6. Auswahl des Betreuers	411
III. Das Rechtsverhältnis der Betreuung	412
1. Aufgabenkreis des Betreuers	412
2. Das Innenverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem	413
3. Das Außenverhältnis: Betreuer als gesetzlicher Vertreter	413
4. Der Einwilligungsvorbehalt	414
5. Insbesondere: Unterbringung und ärztliche Zwangs- maßnahmen	415
IV. Beendigung und Änderung der Betreuung	418
1. Aufhebung oder Änderung	418
2. Entlassung des Betreuers	418
V. Die Patientenverfügung	418
§ 41. Wiederholung	420

Antworten zu den Kontrollfragen	421
Kapitel 1:	421
Kapitel 2:	421
Kapitel 3:	422
Kapitel 4:	425
Kapitel 5:	426
Kapitel 6:	427
Kapitel 7:	428
Kapitel 8:	430
Sachverzeichnis	433